SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

# Von Kirchner zu Kirchner: Argentinien nach den Wahlen

Bodemer, Klaus Friedrich

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**
GIGA German Institute of Global and Area Studies

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**
Bodemer, K. F. (2007). *Von Kirchner zu Kirchner: Argentinien nach den Wahlen.* (GIGA Focus Lateinamerika, 11). Hamburg: GIGA German Institute of Global and Area Studies - Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien, Institut für Lateinamerika-Studien. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-274286

**Nutzungsbedingungen:**
*Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de*

**Terms of use:**
*This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Comercial-NoDerivatives). For more Information see:*
*https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0*

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien

Nummer 11
2007
4,- Euro
ISSN 1862-3573

LATEINAMERIKA

# Von Kirchner zu Kirchner: Argentinien nach den Wahlen

Klaus Bodemer

Am 28. Oktober entschied eine klare Mehrheit der Argentinier, die Geschicke des Landes für die kommenden vier Jahre der bisherigen First Lady, Cristina Fernández de Kirchner, anzuvertrauen. Ihr eindeutiger Sieg im ersten Wahlgang war neben dem persönlichen Erfolg als Politikerin mit Profil auch eine Prämie für die insgesamt erfolgreiche Politik ihres Gatten Ernesto Kirchner. Dieser hat es während seiner Präsidentschaft geschafft, die argentinische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen und durch einige mutige Entscheidungen, insbesondere in der Menschenrechts- und Verschuldungsfrage, der seit der schweren Systemkrise 2001/02 zutiefst verstörten und der Politik entfremdeten argentinische Gesellschaft wieder Vertrauen zu geben.

**Analyse**

Der erneute Wahlsieg der Peronisten ist zugleich eine herbe Quittung für das Versagen der nach wie vor fragmentierten Opposition. Sie hat es weder programmatisch noch personell geschafft, eine überzeugende Alternative zu bieten. Die strukturellen Herausforderungen, mit denen sich die neue Regierung in der Innen- und Außenpolitik konfrontiert sieht, sind erheblich, die Versuchung groß, konstruktive Lösungen einmal mehr zu vertagen und statt dessen gemäß dem sogenannten K-System (K=Kirchner) konjunkturellen Entscheidungen den Vorzug zu geben, getroffen am Kabinett vorbei im Rahmen kleiner Machtzirkel und Ad-hoc-Allianzen.

- Die Vergangenheit – charakterisiert durch eine chronische Instabilität – lastet schwer im kollektiven Gedächtnis der Argentinier. Sie wird von vielen Beobachtern als die einzige Konstante der argentinischen Geschichte des 20. Jahrhunderts angesehen.
- Nach den traumatischen Ereignissen der Jahreswende 2001/02, war es den Präsidenten Duhalde und Kirchner gelungen, den von vielen prognostizierten totalen Systemkollaps zu vermeiden – was an ein Wunder grenzt – und die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen.
- Mit der klaren Wahlentscheidung am 28. Oktober für Cristina Fernández de Kirchner setzten die Wähler in erster Linie auf Kontinuität – und ein neues Gesicht. Abzuwarten bleibt, ob die Präsidentin, gestützt auf eine Mehrheit in beiden Kammern, den Mut aufbringt, sich von dem autoritären und populistischen Politikstil ihres Vorgängers und Ehemanns zu verabschieden, neue inhaltliche Akzente in der Innen- und Außenpolitik zu setzen und insbesondere die immer wieder vertagten strukturellen Reformen der zweiten Generation in Angriff zu nehmen.

*Key Words: Argentinien, Systemkrise, Wahlen, Parteien, Präsidentialismus.*

## 1. Einleitung: Die einzige Konstante in der argentinischen Geschichte ist die Instabilität

Chronische Instabilität ist das herausragende Merkmal der argentinischen Geschichte des 20. Jahrhunderts. Häufige Änderungen der Regierungsformen, unregelmäßige Regierungswechsel und Krisen innerhalb des jeweils dominierenden Machtkartells erschwerten trotz der starken Machtkonzentration in der Exekutive – Ausdruck eines Hyperpräsidentialismus – die Entwicklung und Umsetzung kohärenter Politiken. Diese Systemschwäche war auch nach dem Rückzug der Militärs in die Kasernen (1983) und dem seitherigen turnusgemäßen Wechsel demokratisch gewählter Zivilregierungen noch keineswegs überwunden:

- Der erste aus freien Wahlen hervorgegangene Präsident, der Radikale **Raúl Alfonsín**, sah sich im Gefolge der eskalierenden politischen und wirtschaftlichen Krise gezwungen, sechs Monate vor dem Ende seiner regulären Amtszeit (Ende 1989), die Regierungsgeschäfte an seinen Nachfolger, den Rechts-Peronisten **Carlos Menem**, zu übergeben.
- Menem gelang es, durch die im Konvertibilitätsgesetz (1991) verfügte Dollar-Peso-Parität, eine konsequent verfolgte neoliberale Anpassungspolitik und die Unterstützung durch den Kongress die argentinische Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen, was ihm eine zweite Amtszeit einbrachte. Die negativen sozialen Folgen der rigiden Anpassungspolitik, die in seiner zweiten Amtszeit vollständig durchschlugen, und eine Serie chronischer Korruptionsskandale führten jedoch 1999 dazu, dass die Peronisten bei den Präsidentschafts-, Gouverneurs- und Kongresswahlen erstmals in der argentinischen Geschichte von einem Mitte-Links-Bündnis (*Alianza*) unter dem Radikalen **Fernando de la Rúa** geschlagen wurden. Unter seiner Regierung konnte die drohende Repräsentationskrise zwar zunächst abgewandt werden. Ende November 2001 verweigerte der Internationale Währungsfonds (IWF) jedoch die Auszahlung einer Kredittranche, worauf die Krise eskalierte. Die zäh verteidigte Dollar-Peso-Parität entsprach schon längst nicht mehr den realen wirtschaftlichen Gegebenheiten. Nach einer Welle von Plünderungen und Straßenprotesten, die eine brutale Polizeiaktion mit mehr als einem Dutzend Toten zur Folge hatte, musste de la Rúa schließlich am 20. Dezember per Hubschrauber aus dem Regierungssitz, der *Casa Rosada*, fliehen. Sein schmählicher Abgang war nur der letzte symbolträchtige Beweis dafür, dass die *Alianza*-Regierung an der politischen und wirtschaftlichen Front gescheitert war.
- **Eduardo Duhalde**, vom argentinischen Kongress am 1. Januar 2002 zum dritten Präsidenten in weniger als zwei Wochen gewählt, gelang es nach den ersten sechs chaotischen Monaten die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs zu bringen und in vorgezogenen Wahlen im April 2003 seinem Nachfolger **Nestór Kirchner**, Ex-Gouverneur der Erdölprovinz Santa Cruz, ein Land zu hinterlassen, das wieder begann, Mut zu fassen.

## 2. Die Präsidentschaft des „Pinguin" – schwache Legitimität, aber hohe Popularitätsrate

Mit 22% der Stimmen verfügte der neue Präsident, wegen seiner Herkunft aus der südargentinischen Provinz Santa Cruz *el pinguino*, der Pinguin, genannt, nur über eine schwache Legitimität. Ungeachtet dessen erreichte er aber schon in kurzer Zeit eine hohe Popularität. Dies hat vor allem mit einem ausgesprochen proaktiven Umgang mit einigen von Duhaldes Hinterlassenschaften zu tun. Er packte entschlossen einige grundlegende Reformen an, um damit einen klaren Bruch mit der Vergangenheit sichtbar zu machen. So führte er eine grundlegende Militär- und Polizeireform durch, begann die Regierungsagenturen von Korruption zu säubern, distanzierte sich selbst von den neoliberalen Politiken der 1990er Jahre, strapazierte jeden Nerv und mobilisierte erhebliche Ressourcen, um gegen Menschenrechtsverletzungen vorzugehen. Außerdem versorgte er eine neue Generation von Peronisten mit Regierungsposten. Seine international umstrittenste Maßnahme und zugleich der „größte Forderungsverzicht aller Zeiten" (Die Zeit, 18.1.2007) war im März 2005 die Umstrukturierung eines Großteils der privaten Schulden, die auf eine Annullierung von 75% der Verpflichtungen hinauslief.

Erstaunlicherweise bekam die argentinische Wirtschaft keine negativen Folgen der Umschuldung zu spüren. Stattdessen reduzierte das Land seinen Schuldendienst deutlich. Dank des

internationalen Rohstoffbooms kam es zu hohen Exporteinnahmen und über hohe Exportsteuern zu erheblichen Zuflüssen in die Staatskasse. Damit konnte sich die argentinische Regierung den „Luxus“ erlauben, die Gesamtschulden des Landes an den IWF in Höhe von US$ 10 Mrd. auf einen Schlag zurückzuzahlen und sich damit von dessen wirtschaftspolitischen Einmischungen zu befreien.

In der **Innenpolitik** ist bis zum heutigen Zeitpunkt neben der Arbeitslosigkeit die rapide verschlechterte öffentliche Sicherheit die größte politische Herausforderung. Die politische Partizipation an der Basis, die in den ersten Monaten nach Ausbruch der Krise erheblich angestiegen war, ging in der Folgezeit mit der wirtschaftlichen Erholung Schritt für Schritt zurück. Die neuen Formen politischer Partizipation konnten bislang noch nicht durch etablierte Mechanismen der repräsentativen Demokratie transformiert und kanalisiert werden. Das Misstrauen gegen das politische Establishment hält bis heute an, wenngleich die Grundstimmung in der Bevölkerung sich im Zuge der wirtschaftlichen Erholung erheblich verbessert hat. Die Wahlbeteiligung, die im Oktober 2001 ihren Tiefpunkt hatte, erreichte beim Wahlmarathon 2003 wiederum normale Werte. Im Jahr 2006 bestimmten jedoch – einmal mehr – eine Reihe von Korruptionsskandalen in den Regierungsreihen die politische Debatte und kratzten am positiven Image der Regierung.

## 3. Cristina Fernández de Kirchner – kein unbeschriebenes Blatt

Nach Monaten der Unsicherheit über eine erneute Kandidatur des bisherigen Präsidenten wurde schließlich im Juli 2007 seine Ehefrau, **Cristina Fernández de Kirchner (**im Volkmund Cristina genannt, im folgenden als Cristina Kirchner zitiert)**,** als Kandidatin der Regierungspartei lanciert. Mit ausschlaggebend für den Verzicht ihres Ehegatten auf eine erneute Kandidatur – trotz nach wie vor hohen Zustimmungsraten in der Bevölkerung – dürfte der Umstand gewesen sein, dass seine Regierung in den letzten Monaten durch eine Reihe von Korruptionsskandalen und drei verlorene Gouverneurswahlen angeschlagen war. Ergänzend kam das verfassungskonforme Kalkül hinzu, nach vier Jahren erneut antreten zu können. Sollte dieser Fall eintreten, hätten die Kirchners eine quasi dynastische Erbfolge installiert – eine neue Pointe in der an Pointen nicht armen argentinischen Geschichte.

Mit ihrem Wahlslogan „Der Wandel hat erst begonnen“ stand **Cristina Kirchner gleichermaßen** für Kontinuität wie neue Akzentsetzungen. Als langjährige Abgeordnete im Parlament der Erdölprovinz Santa Cruz, danach als Abgeordnete und Senatorin auf nationaler Ebene, konnte die Kandidatin eine beachtliche politische Karriere vorweisen, in deren Verlauf sie mehr und mehr ein eigenständiges politisches Profil erwarb. Sie ist rhetorisch begabt, erwies sich in ihren Angriffen auf politische Gegner, zum Beispiel den Ex-Präsidenten Menem, als alles andere als zimperlich und gilt als ehrgeizig. In ihrem Umgangsstil ist sie weniger erratisch als ihr zu Alleingängen und unkontrollierten Attacken neigender Ehemann. Um ihre auf der „Front für den Sieg“ (*Frente por la Victoria*, FPV) – dem Kirchner-Flügel der Peronisten – gegründete Wahlbasis zu verbreitern, strebt sie eine Vertiefung der bereits von ihrem Gatten mit beachtlichem Erfolg betriebenen Einbindung weiterer progressiver Kräfte (*concertación plural*) aus den Reihen der Radikalen Bürger-Union (UCR) und der Sozialistischen Partei (*Partido Socialista*) an. Ihr Handicap ist, dass diese geschickt eingefädelte Kooptationsstrategie im peronistischen Lager höchst umstritten und keineswegs mehrheitsfähig ist.

## 4. Ein Wahlkampf ohne Höhepunkte

Nach allen Umfragewerten lag **Cristina Kirchner während der Wahlkampagne weit vor ihren** Konkurrenten, Elisa Carrió von der „Bürger-Koalition“ (*Coalición Cívica*) und dem Ex-Wirtschaftsminister der Duhalde-Regierung, Roberto Lavagna, Kandidat der Wahlallianz *Concertación para una Nación Avanzada* (UNA). Der eindeutige Vorsprung **Cristina Kirchners brachte es** mit sich, dass der Wahlkampf ohne Höhepunkte verlief und in der Wählerschaft auf ein nur geringes Interesse traf. Einem Fernsehduell mit ihren Konkurrenten hatte sich **Cristina Kirchner** von Anfang an verweigert. Die Zeitung *Página 12* charakterisierte so auch den Wahlkampf als von “geringer politischer Stromstärke”. Auch die in früheren Wahlkampagnen üblichen Mas-

senveranstaltungen blieben diesmal aus. Überzeugende Antworten auf die nach einer Umfrage der Tageszeitung *La Nación* die Bürger am meisten beschäftigenden Probleme – die schleichende Inflation (80%), die öffentliche Unsicherheit (76,4%) und die nach wie vor endemische Korruption (62%) – hatte keiner der Präsidentschaftsbewerber anzubieten.

Cristina Kirchner stellte ihre Wahlkampfauftritte unter das Motto „Ich möchte den Triumph aller Argentinier". Emphatisch sprach sie sich in ihren zumeist improvisierten Reden immer wieder für „ein politisches Projekt (aus), in dem sich wieder jeder argentinische Bürger repräsentiert fühlt". Inhaltlich setzte sie auf die Institutionalisierung des von ihrem Ehemann inaugurierten Entwicklungsmodells, das sich durch die Verbindung von Wirtschaftswachstum und sozialer Entwicklung mittels eines Sozialpakts zwischen Unternehmern, Gewerkschaften und der Regierung mit einer starken staatlichen Komponente auszeichnete. Außerdem versprach sie einen das ganze Land erfassenden Infrastruktur-Plan, Maßnahmen zur Stärkung des industriellen Sektors und umfassende Investitionen in den Bildungs- und Gesundheitssektor. In einem rechtzeitig zur Eröffnung ihrer Kandidatur erschienenen und vom chilenischen Ex-Präsidenten Ricardo Lagos mit einem engagierten Vorwort versehenen Sammelband ihrer Reden unter dem Titel „Cristina, an Argentinien denkend" (*Cristina. Pensando en la Argentina*) vermittelte sie das Bild einer volksnahen, um das Wohl aller Argentinier besorgten Politikerin – ein scharfer Kontrast zu ihrem an die Schickeria des argentinischen Jetset erinnernden modischen Outfit. Mit ihrem Wahlslogan, ihren telegenen Auftritten und ihrem Versprechen von Kontinuität traf sie offensichtlich den Nerv der Mehrheit der Argentinier.

Bei den Wahlkampfauftritten der Opposition dominierten die Themen der zunehmend prekären öffentlichen Sicherheit, der Anstieg der Inflation, die nach wie vor eklatante Einkommensdiskrepanz, Korruption und Missmanagement der öffentlichen Finanzen, die Aushebelung der Gewaltenteilung durch einen Hyperpräsidentialismus sowie die unzureichende Respektierung der demokratischen Institutionen und Spielregeln. Damit besetzten die Oppositionskandidaten durchaus neuralgische Felder der argentinischen Innenpolitik. Dennoch gelang es ihnen nicht, den seit der Systemkrise 2001/02 andauernden Fragmentierungs- und Zerfallsprozess im anti-peronistischen Lager zu stoppen, ihre Politikangebote in eine gemeinsame Plattform zu kanalisieren und in der Person ihrer Präsidentschaftskandidaten glaubhaft zu verkörpern. Die perfekt inszenierten und stets geschickt an das jeweilige Auditorium angepassten Wahlkampfauftritte der Präsidentengattin, die von der *Times* als *Latino-Hillary* apostrophiert wurde, sorgten dafür, dass die oppositionellen Kandidaten in den wenigen Wochen bis zur Wahlentscheidung am 28. Oktober keinen Geländegewinn verbuchen konnten.

## 5. Die Wahlresultate vom 28. Oktober – Konsolidierung des *kirchnerismo*

Die Wahlergebnisse des 28. Oktober brachten erwartungsgemäß keine Überraschungen: In den Präsidentschaftswahlen konnte sich Cristina Fernández de Kirchner mit 44,92% klar vor Elisa Carrió mit 22,95% und dem Drittplazierten, Ex-Wirtschaftminister Roberto Lavagna (16,88%) behaupten, der die Mehrheit der opponierenden Radikalen Partei (UCR) hinter sich hatte. Mit nahezu fünf Prozentpunkten über der erforderlichen Marge von 40% und einem Abstand zu der Zweitplazierten von über 20% (erforderlich für einen Wahlsieg in der ersten Runde sind mindestens 10%) erübrigte sich nach den Vorgaben der Verfassung eine Stichwahl. Cristina Kirchner hatte überzeugend und als erste Frau in der argentinischen Geschichte durch freie Wahlen die Präsidentschaft gewonnen.

Auch in den parallel zu den Präsidentschaftswahlen angesetzten **Parlamentswahlen**, in denen die Hälfte der Abgeordnetenkammer und ein Drittel des Senats gewählt wurde, konnte der kirchneristische Parteiflügel der Peronisten, die FPV, seine Mehrheit konsolidieren. Mit 140 Abgeordneten (bislang 111) übertraf er die für eine eigene Fraktion erforderliche Quote von 129 Sitzen um elf Sitze. Im Senat, in dem 24 von insgesamt 72 Sitzen zur Wahl standen, erreichte die FPV nunmehr insgesamt 45 Sitze. Die UCR gewann zwei, die Wahlallianz von Elisa Carrió vier von den acht im Senat zur Wahl anstehenden Sitzen.

## 6. Neue (und alte) Herausforderungen

In der Innen- wie der Außenpolitik steht die am 10. Dezember ihr Amt antretende neue Regierung vor erheblichen Herausforderungen. **Innenpolitisch** warten insbesondere sechs strukturelle Probleme auf konstruktive Lösungen:

1. Die seit Jahren ungelösten **strukturellen Probleme bei der Energieversorgung**, für die wirtschaftliche Konsolidierung des Landes (und das Alltagsleben der Argentinier) von eminenter Bedeutung, harren nach wie vor einer über konjunkturelles Krisenmanagement hinausgehenden Lösung. Im Öl- wie dem Gassektor besteht, trotz theoretisch genügend vorhandener Ressourcen, eine wachsende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage. Seit der Abwertung des Peso Anfang 2002 und der staatlichen Deckelung der Abgabepreise bestand für die privaten Energieunternehmen kein Anreiz für Investitionen in die Ausweitung der Förderkapazität oder den Ausbau der Verteilernetze. Improvisierte, von der Regierung Kirchner verschiedentlich verfügte Ad-hoc-Sanktionen gegen widerborstige Energieunternehmen trugen zum Verdruss bei den einschlägigen Konzernen viel, zur Lösung der Problematik jedoch nichts bei. Die nationalen Energiepreise liegen weit unter dem Weltmarktpreis. Zur Deckung seines Bedarfs ist das Land in wachsendem Maße auf Öl-, Gas- und Stromkäufe in Venezuela, Bolivien und Brasilien angewiesen, was insbesondere im Falle der venezolanischen Lieferungen und Investitionen im Energiesektor zu einer innen- und außenpolitisch höchst umstrittenen Abhängigkeit von diesem unberechenbaren neuen *Mercosur*-Mitglied geführt hat. Um die nationalen Betreiber zu Neuinvestitionen zu animieren, wird die Regierung mittelfristig nicht umhin kommen, eine Anpassung der Energiepreise nach oben zu gestatten und dies einer zunehmend verärgerten Wählerschaft als wirtschaftspolitische Notwendigkeit zu verkaufen.

In ihren ersten, sehr moderat gehaltenen, öffentlichen Erklärungen nach dem Wahlsieg bezeichnete die gekürte Präsidentin die Vertiefung der Industrialisierung sowie die Beibehaltung des Doppelüberschusses in den Bereichen Außenhandel und öffentlicher Haushalt als vorrangige Aufgaben. Bleibt abzuwarten, ob darüber hinaus die genannten strukturellen Herausforderungen angegangen werden.

2. Zur Sicherung einer weiterhin positiven Wirtschaftsentwicklung – die Wachstumsrate bewegt sich seit der Trendwende 2003 zwischen 7 und 10% – sind die **Eindämmung der Inflation und die Ausweitung der Investitionstätigkeit** wichtige Voraussetzungen. Erstere bewegt sich nach offiziellen Angaben um die 9%; unabhängige Experten warfen der Regierung Kirchner jedoch in der Vergangenheit wiederholt Manipulationen der offiziellen Statistik vor und beziffern die reale Inflationsrate auf 16-20%. Eine aktive Anti-Inflationspolitik bedeutet jedoch, sollte die neue Präsidentin dazu den Mut aufbringen, Zurückhaltung bei Lohnerhöhungen und Reduzierung der öffentlichen Ausgaben – beides liefe grundlegenden Wahlversprechen entgegen und dürfte auf den erbitterten Widerstand eines Großteils der peronistischen Wählerbasis (und nicht nur dieser) stoßen.

3. Anhängig ist auch ein überzeugendes, über konjunkturelle Palliativmaßnahmen hinausgehendes Konzept zur **Bekämpfung der Armut** und der sich immer weiter öffnenden **Einkommensschere**. Zwar konnte seit den Krisenjahren 1999-2002 die Zahl der unter der Armutsgrenze lebenden Menschen halbiert werden, was ein beachtlicher Erfolg ist, noch immer sind jedoch über ein Viertel der Bevölkerung von Armut betroffen. Diese dauerhaft zu lindern bedarf es über kurative Hilfsprogramme hinaus struktureller Antworten, insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Gesundheit. Diese stehen nach wie vor aus.

4. Für die Konsolidierung der Demokratie auf mittlere Sicht abträglich sind das spätestens seit dem Desaster der *Alianza*-Regierung **hochgradig fragmentierte Parteiensystem** und die **Machkonzentration in der Exekutive**. Die sich in personalistischen Grabenkämpfen verschleißenden nicht-peronistischen Parteien sind ohne substantielles politisches Gewicht, klare Alternativprogramme und überzeugende Führungsfiguren. De facto besteht seit der vernichtenden Niederlage des Radikalismus (d.h. der UCR) in den April-Wahlen 2003 in Argentinien eine Einparteien-Regierung der Peronisten, korrekter: eines Flügels der Peronisten, der FPV unter Kirchner, ergänzt um einige kooptierte Kräfte aus dem Mitte-Links-Lager. Die Autonomie des Obersten Gerichtshofs wurde zwar gestärkt, aber das Machtungleichgewicht zwischen den drei Gewalten blieb erhalten – zugunsten der

Exekutive. Die bereits unter der Präsidentschaft Menems praktizierte Regierung per Dekret wurde auch unter Kirchner zur üblichen Praxis. Offen ist, ob Cristina Kirchner dieser Versuchung widersteht. Angesichts der klaren Mehrheiten in beiden Kammern, dürfte ihr dieser Verzicht eigentlich leicht fallen. Autoritäre Tendenzen wurden unter der Präsidentschaft ihres Ehemanns weiter gestärkt durch den sogenannten K-Effekt, den autokratischen Führungsstil des Präsidenten und seine Strategie, sich bei seinen politischen Entscheidungen am Kabinett vorbei auf bilaterale Ad-hoc-Allianzen und einen kleinen Zirkel von Vertrauten zu stützen. Ungelöst ist

5. auch das **Problem der wachsenden organisierten und nicht-organisierten Kriminalität** und der **öffentlichen Unsicherheit**, insbesondere im Großraum Buenos Aires, wo an die 40% der Bevölkerung wohnt. Die Privatisierung der Sicherheit in Gestalt inflationär anwachsender und praktisch unkontrollierter Sicherheitsdienste hat einen der genuinen staatlichen Aufgabenbereiche – die Herstellung von Sicherheit für seine Bürger – in den letzten Jahren in unvertretbarer Weise ausgehöhlt. Zudem bereitet die wachsende Verbindung der organisierten Kriminalität mit dem Drogengeschäft den lokalen und nationalen Regierungsinstitutionen zunehmend Kopfzerbrechen. Kontinuität ist zu erwarten in den Bereichen Menschenrechtspolitik, der Bevorzugung des internen Konsums, dem Niedrighalten des Wechselkurses zur Ankurbelung der Exporte und Reduzierung der Importe. Problematisch ist schließlich

6. das nahezu ausschließlich **ressourcenbasierte Wachstumsmodell**. Keineswegs ausgemacht ist, ob die durch günstige Weltmarktbedingungen, einen schwachen US-Dollar, den Rohstoffhunger Chinas und Indiens sowie eine massive Subventionspolitik und Exportförderung alimentierte wirtschaftliche Erholung der letzten Jahre nicht lediglich eine Scheinblüte ist. Kritische Stimmen weisen in diesem Zusammenhang mit guten Argumenten darauf hin, dass das durch den globalen Nachfrageboom ausgelöste rohstoffbasierte Wachstum der argentinischen Wirtschaft über kurz oder lang im Kontext einer primär wissensbasierten Weltwirtschaft in eine Sackgasse führen muss. Offen ist auch, ob die Tendenz in Richtung eines pragmatischen, auf neo-korporatistische Vermittlungsmechanismen abstellenden Verhaltens zwischen Gewerkschaften, Unternehmerverbänden und Staat anhält und ob sich die Forderungen der wirtschaftlich und sozial Ausgeschlossenen radikalisieren oder durch die Parteien in konkrete Politikoptionen kanalisiert werden können. Angesprochen sind hier insbesondere die Peronisten. Sicher ist, dass die Verarmung großer Teile der Mittelklasse und der massive *brain drain* der letzten Jahre das Potenzial des Landes an Reformenergie und möglichen *change agents* erheblich hat schrumpfen lassen. Nur 36% der Argentinier waren 2006 überzeugt, dass ihr Land in die richtige Richtung geht. Mit diesem Prozentsatz liegt das Land am Ende der lateinamerikanischen Skala.

**Außenpolitisch** drängen sich zwei Problemfelder in den Vordergrund: Zum einen geht es darum, einen Ausgleich zu finden zwischen den Beziehungen zu den USA, die seit dem Kollaps 2001/02 durch Distanz gekennzeichnet waren und zu Venezuela, dessen Präsident Húgo Chávez der Kirchner-Regierung, dem engsten Verbündeten im Cono Sur, in den letzten Jahren Milliarden-Beträge in Form von Krediten, Schenkungen, Streichung von Schulden, Kauf von Staats-Papieren und Investitionen im Rohstoffsektor zur Verfügung gestellt und damit Argentinien in eine prekäre Abhängigkeit gebracht hat. Zweite Priorität kommt der Regulierung der noch immer im Ausland befindlichen **Schulden gegenüber dem Pariser Club** in Höhe von rund US$ 6 Mrd. zu. Eine konstruktive Lösung in dieser Frage ist eine Voraussetzung für den Zugang zu den internationalen Kreditmärkten.

## 7. Ausblick: Auf dem Weg zu einer dynastischen Erbfolge?

Durch den Wahlentscheid vom 28. Oktober erfährt der Kirchnerismus zunächst einmal eine Fortsetzung. Für einen erheblichen Grad an Kontinuität spricht auch der Umstand, dass Cristina Kirchner inzwischen angekündigt hat, acht der 13 Minister aus dem Kabinett ihres Vorgängers zu übernehmen. Ob ergänzend zur weiteren wirtschaftlichen und politischen Konsolidierung des bereits unter Präsident Duhalde eingeleiteten und von Ernesto Kirchner vertieften Kurses neue innen- und außenpolitische Akzente gesetzt werden, bleibt abzuwarten. Einige

vorsichtige Vermutungen sind diesbezüglich jedoch schon jetzt erlaubt:

Schon bald nach dem 10. Dezember, dem Tag des Regierungsantritts, spätestens jedoch nach der Sommerpause und dem Zusammentritt des teilerneuerten Parlaments im kommenden März dürfte die Präsidentin an ihre Wahlversprechen erinnert werden. Dazu gehört zum einen, auf die nach wie vor virulente „soziale Frage" konstruktive Antworten zu finden. Dazu gehört zum anderen, die politischen Institutionen zu stärken, die Gewaltenteilung zu respektieren, den Rechtsstaat und die politischen Parteien zu stärken, kurz: all jenen demokratischen Instanzen ihre verstärkte Aufmerksamkeit zu schenken, die unter den Vorgänger-Regierungen einen dramatischen Verfall erlebt haben. Angesichts der Erfahrungen vergangener Jahrzehnte, der populistischen Auftritte Cristina Kirchners und ihres mitunter autoritären Umgangsstils ist jedoch Skepsis angebracht, dass sich an dem argentinischen Hyperpräsidentialismus und der Neigung der Amtsinhaber, vorrangig über Dekrete zu regieren, substantiell etwas ändern wird.

Was sich noch am wahrscheinlichsten ändern dürfte, ist der **politische Stil** in der Innen- und Außenpolitik. Zu erwarten ist ein weniger „autistischer" Regierungsstil, mehr Kollegialregierung und ein moderaterer Umgang mit den verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren. Ob damit jedoch dem sogenannten K-Stil, d.h. dem Aufbau und der exklusiven Nutzung strategischer Allianzen und winziger Zirkel, eine Absage erteilt wird, ist durchaus offen. Kritiker, die das Ehepaar Kirchner kennen, bezweifeln dies.

In der **Außenpolitik** – einem Interessenschwerpunkt der First Lady – ist ein neuer Aktivismus und ein insgesamt konzilianterer Umgang mit den Partnern zu erwarten. Auch die bereits unter Ernesto Kirchner privilegierten Beziehungen zu den Partnern des *Mercosur* und hier insbesondere Brasilien dürften beibehalten werden. Interessant wird sein, ob der durch den Bau einer Papierfabrik am Oberlauf des Río Uruguay ausgelöste und seit Jahren schwelende Konflikt mit dem Nachbarn Uruguay – er trägt inzwischen Züge einer Kabarettnummer und eskalierte auf dem Iberoamerikanischen Gipfel in Santiago de Chile erneut – endlich einer vertraglichen Lösung zugeführt wird. Politisch noch spannender und darüber hinaus demokratietheoretisch von Bedeutung wird sein, ob es dem Ehepaar Kirchner in den folgenden Jahren gelingen wird, den Boden für eine erneute Kandidatur Ernesto Kirchners bei den nächsten Präsidentschaftswahlen (2011) zu bereiten, sodass auf die „Königin" (*la reina*) – so der Titel einer von Cristina Kirchner abgesegneten Biographie, – wieder der „König" (*el rey*) folgt.

Die argentinische Hochglanz-Presse wird uns rechtzeitig darüber informieren, ob die „fast monarchische Erbregelung aus dem Schlafzimmer" (so Peter Burghardt in der Süddeutschen Zeitung, 22.10.2007) eine Fortsetzung erfahren wird.

**Literatur:**


Bodemer, Klaus (2003, 2005, 2007): Länderartikel „Argentinien", in: Bertelsmann Transformation Index: <www.bertelsmann-transformation-index.de>.

Bodemer, Klaus (2006): Vom Kollaps zur Konsolidierung? – Eine Zwischenbilanz der Regierung Kirchner, in: Argentinien in der Krise. Veröffentlichung des Interdisziplinären Arbeitskreises Lateinamerika, Mainz, S. 34-58.

Stoll, Alfred (2007): Argentinien vor den Wahlen: „Der Wandel hat erst begonnen", Kurzberichte aus der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, Oktober. Bonn: Friedrich Ebert-Stiftung.

Diverse deutsche und internationale Presseartikel (GIGA Institut für Lateinamerika-Studien, IberoDigital: <http://www1.uni-hamburg.de/IIK/IberoDigital/>).

## Der Autor

Prof. Dr. Klaus Bodemer, Politikwissenschaftler, war von 1996-2006 Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde, seitdem *Senior Fellow* am GIGA Institut für Lateinamerika-Studien.
E-mail: bodemer@giga-hamburg.de

## Gegenwärtige Forschung im GIGA zum Thema

Im Forschungsschwerpunkt 1, Analysefeld 1: „Institutionalisierung und Leistungen politischer Akteure“ erforscht Dr. Mariana Llanos im Projekt „The President, the Senate and Judicial Nominations in Democratic Argentina (1983-2007)“ Richterernennungen im demokratischen Argentinien. Konkret wird hier die Rolle der Wahlinstitutionen – Präsident und Senat – und des Beirats der Richterschaft (*Consejo de la Magistratura*) bei diesen Ernennungen untersucht. Auch wie der Beirat seine Aufgabe wahrnimmt sowie die Veränderungen seit seiner Schaffung im Jahr 2000 werden beleuchtet.

## GIGA-Publikationen zum Thema

Bodemer, Klaus (2006): Argentinien: Vom Kollaps zur Konsolidierung? – Eine Zwischenbilanz der Regierung Kirchner, in: Argentinien in der Krise. Veröffentlichung des Interdisziplinären Arbeitskreises Lateinamerika. Mainz, S. 34-58.

Llanos, Mariana/ Figueroa Schibber, Constanza (2007): Prestando acuerdo: El Senado frente a los nombramientos del Poder Judicial en la Argentina democrática (1983-2006), GIGA Working Paper Nr. 54. Hamburg.

Llanos, Mariana/ Lemos, Leany (2007): „O Senado e as aprovações de autoridades: um estudo comparativo entre Argentina e Brasil“, in: Revista Brasileira de Ciências Sociais (RBCS), Nr. 64, 22. Jg., Juni, S. 115-138.

Llanos, Mariana (2007): „Reforma parlamentaria en América Latina. Un comentario sobre el control parlamentario del poder ejecutivo“, in: Bodemer, Klaus/ Carillo, Fernando (eds.): Gobernabilidad y Reforma Política en América Latina. La Paz: Edición Plural.

Llanos, Mariana/ Margheritis, Ana (2006): „Why Do Presidents Fail? Political Leadership and the Argentine Crisis (1999-2001)“, in: Studies in Comparative International Development, 40 (März).

Wolff, Jonas (2007): „Argentinien – mit links aus der Krise? Zur Verortung der Regierung Kirchner im lateinamerikanischen ‚Linksruck‘“, in: Lateinamerika Analysen 17, S. 101-117.

IMPRESSUM

Das **GIGA German Institute of Global and Area Studies** – Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg gibt *Focus*-Reihen zu Afrika, Asien, Lateinamerika, Nahost sowie zu Globalen Fragen heraus, die jeweils monatlich erscheinen. Der GIGA *Focus* Lateinamerika wird vom Institut für Lateinamerika-Studien redaktionell gestaltet. Die vertretene Auffassung stellt die des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts dar. Download unter www.giga-hamburg.de/giga-focus.
Redaktion: Sebastian Huhn; Gesamtverantwortlicher der Reihe: Andreas Mehler
Lektorat: Julia Kramer; Kontakt: giga-focus@giga-hamburg.de; GIGA, Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg

GIGA Focus
German Institute of Global and Area Studies
Institut für Lateinamerika-Studien